

## Charakteristika der staatlichen Einbindung von Eliten und Bevölkerung in Ideokratien

Kailitz, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kailitz, S. (2012). Charakteristika der staatlichen Einbindung von Eliten und Bevölkerung in Ideokratien. *Totalitarismus und Demokratie*, 9(1), 57-82. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-384473>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

---

# Charakteristika der staatlichen Einbindung von Eliten und Bevölkerung in Ideokratien

Steffen Kailitz

---



PD Dr.  
phil. habil.  
Steffen  
Kailitz,  
geb. 1969  
in Frankenthal,  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-

## Abstract

This paper shows that ideocracies, especially communist ideocracies, have a specific pattern of cooptation and incorporation of elites and ordinary citizens, which is different from all other political regime types. Ideocracies dominate society through and through by a net of measures that make the citizens materially dependent on the state, from which the individual citizen cannot escape. The strong concentration of the distribution of goods and positions in the hands of the ideocratic state goes hand in glove with the great power to repress non-co-opted people. However, there are trade-offs in the ideocratic pattern of cooptation. The tendency of ideocracies to infantilize its citizens, may provoke reluctance even among otherwise politically indifferent citizens. Nevertheless, despite the trade-offs, the specific pattern of cooptation and incorporation of citizens and elites might help to explain why communist ideocracies were very durable in comparison to other types of political regimes.

Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden. Studium der Politikwissenschaft und Ostslavistik, 1999 Promotion, 2005 Habilitation, Mitbegründer und Sprecher der Gruppe „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“.

## I. Einleitung

Ich lege in diesem Beitrag dar, dass es ein spezifisches Muster der Einbindung von Eliten und Bürgern in Ideokratien, vor allem in kommunistischen Ideokratien, gibt, das sich deutlich von dem Einbindungsmuster anderer politischer Regimetypen unterscheidet. Ideokratien „durchherrschen“<sup>1</sup> die Gesellschaft mit einem dichten Netz von materiellen Abhängigkeiten des Einzelnen vom Staat, aus dem sich dieser kaum vollständig befreien kann. Die starke Neigung zur Konzentration der Kontrolle über die Güter- und Positionsverteilung bis hin zur weitgehenden Monopolisierung der Verteilung beim Staat geht Hand in Hand mit einer sehr starken Repressionsfähigkeit gegenüber allen Nichteingebunde-

---

1 Vgl. Jürgen Kocka, *Durchherrschte Gesellschaft*. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 547–553; Alf Lütke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: ebd., S. 188–213, hier 188.

nen. Der Beitrag arbeitet dabei auch Zielkonflikte dieses Einbindungsmusters von Eliten und Bürgern in Ideokratien heraus. So vereinnahmen und gängeln Ideokratien den Einzelne sehr stark. Dies kann auch bei ansonsten politisch indifferenten Personen Widerwillen erzeugen. Dennoch behaupte ich, dass trotz der Zielkonflikte die charakteristische, sehr starke Einbindung von Eliten und Bürgern in die Regimestrukturen einen bedeutenden Beitrag zur Erklärung der im Vergleich mit anderen politischen Regimetypen hohen Dauerhaftigkeit kommunistischer Ideokratien leisten kann.

## II. Was bedeutet Kooptation/ Einbindung und wozu dient sie?

Legitimitätsglaube, der die Zugehörigkeit zur Gruppe der aktiven Regimeunterstützer markiert, ist eine unbedingte (normative) Regimeunterstützung<sup>2</sup>, die in dem Glauben an die Überlegenheit des politischen Regimes gegenüber allen Regimealternativen wurzelt. Loyalität ist dagegen eine (materiell und/oder immateriell) bedingte Regimeunterstützung. Legitimitätsglaube lässt sich direkt nur durch die Anziehungskraft der Legitimation des politischen Regimes und ein Handeln in Übereinstimmung mit dieser Legitimation erzeugen.<sup>3</sup>

In jedem politischen Regime gibt es drei Gruppen von Menschen: die Gruppe der aktiven Unterstützer, die Gruppe der politisch Indifferenten und die Gruppe der Regimegegner. Jedes politische Regime muss ein Maß an aktiver Unterstützung erreichen, das ausreicht, das politische Regime zu stützen. Zugleich muss es ein Maß an aktiver Unterstützung von Fundamentalopposition vermeiden, das ausreicht, das politische Regime zu stürzen. Solange die politische Stärke der Gruppe der aktiven Regimegegner kleiner bleibt als jene der Gruppe der aktiven Regimeunterstützer, reicht es für ein politisches Regime dabei aus, dass die übergroße Mehrheit das Regime lediglich loyal hinnimmt, ohne dass sie an eine höhere normative Rechtfertigung des Regimes glaubt.

Auch politische Indifferenz muss aber zumindest mit Fügsamkeit und Loyalität einhergehen.<sup>4</sup> Jedes politische Regime ist nämlich darauf angewiesen, dass

2 Mit Legitimation und Legitimität in Ideokratien beschäftigt sich der Beitrag von Roger Griffin in diesem Heft.

3 Vgl. David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965, S. 289–310.

4 Die Abgrenzung von Legitimitätsglauben und Loyalität entfaltete bereits Max Weber systematisch. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1980, S. 389. In die Forschung zu den Ideokratien führte diese grundlegende Unterscheidung ein: Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989*, Frankfurt a. M. 1992, S. 22–28. Vgl. zur Abgrenzung des Loyalitätsbegriffs auch: Peter Haslinger/Volker Zimmermann, *Loyalitäten im Staatssozialismus – theoretische und konzeptionelle Grundlagen*. In: Volker Zimmermann/Peter Haslinger/Tomáš Nigrin (Hg.), *Loyalitäten im Staatssozialismus: DDR, Tschechoslowakei, Polen, Marburg 2010*, S. 3–21; Martin Schulze Wessel, „Loyalität“ als geschichtlicher Grundbegriff

auch die politisch Indifferenten den Staat etwa durch das Zahlen von Steuern erhalten.<sup>5</sup> Um Loyalität zu erlangen und zu erhalten, müssen politische Regime materielle und immaterielle Ansprüche und Forderungen der Bürger in ausreichendem Maße erfüllen. Die Ebene der Einbindung, sprich nach Belieben auch Kooptation oder Integration, erfasst diesen regelmäßigen Austausch von Loyalität der Bürger und Eliten gegen Güter und Positionen, die ihnen das politische Regime gewährt.<sup>6</sup> Der Austausch kann in politischen Regimen grundsätzlich zwei Hauptformen annehmen: erstens den Klientelismus, die informale Verteilung von Positionen und Gütern in private personalistische Netzwerke; zweitens die Patronage als formale Verteilung von Positionen und Gütern. Im Unterschied zum Klientelismus bedarf die Patronage zwingend eines starken Staates. Je mehr Positionen und Güter ein politisches Regime zu verteilen hat, desto eher dürfte das politische Regime in der Lage sein, Eliten und Bürger in das Regime einzubinden.<sup>7</sup> Bei der Betrachtung der Einbindung ist also das Ausmaß der Verfügungsgewalt des politischen Regimes über Güter und Positionen in einer Gesellschaft zu berücksichtigen.

### III. Ideokratien zwischen radikal beanspruchtem Legitimitätsglauben und pragmatischer Loyalitätssicherung

Für Ideokratien ist im Unterschied zu allen anderen Regimetypen in harten, totalitären wie auch weichen, nicht-totalitären Regimephasen im Grunde eine stillschweigende Hinnahme des politischen Regimes vom ideologischen Anspruch her nicht ausreichend. Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski glaubten nun, „[d]er Terror und die Leidenschaft für die Einstimmigkeit“<sup>8</sup> seien zwei –

---

und Forschungskonzept: Zur Einleitung. In: Martin Schulze Wessel (Hg.), *Loyalitäten in der Tschechoslowakischen Republik: Politische nationale und kulturelle Zugehörigkeiten*, München 2004, S. 1–22.

- 5 Vgl. mit Blick auf das NS-Regime Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde: Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982, S. 85.
- 6 Vgl. u. a. Ronald Wintrobe, *The Tinpot and the Totalitarian: An Economic Theory of Dictatorship*. In: *American Political Science Review*, 84 (1990) 3, S. 849–872, hier 852. Wintrobe hat dabei prägnant in eine Rational-Choice-Theorie gepackt, was „seit Jahrtausenden zum Strategiehauhalt von Herrschaft“ gehört. Peter Hübner, *Loyalität, Sozial- und Konsumpolitik. Zur Herrschaft und Gesellschaftsgeschichte der DDR und Polens in den 1970er und 1980er Jahren*. In: Zimmermann/Haslinger/Nigrin (Hg.), *Loyalitäten*, S. 163–188, hier 163.
- 7 Dieser Punkt hat größere Bedeutung für Wintrobes Unterscheidung in traditionelle (tin-pot regimes) und totalitäre Autokratien. Siehe Wintrobe, *Tinpot*. S. 849–872; Ronald Wintrobe, *The Political Economy of Dictatorship*, Cambridge, UK 2000.
- 8 Vgl. Carl Joachim Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski, Stuttgart 1957, S. 122–129.

untrennbare – Seiten einer Medaille. Dies legt nahe, Ideokratien verführen grundsätzlich nach folgendem Motto: „Wer nicht (ausdrücklich) für uns ist, ist gegen uns.“ Tatsächlich verhalten sich aber auch Ideokratien außer in Phasen eines Streuterrors gegen die eigene Bevölkerung wie zeitweilig unter Stalin nach dem pragmatischen Motto: „Wer nicht (ausdrücklich) gegen uns ist, ist für uns.“<sup>9</sup> Selbst Ideokratien geben sich gewöhnlich mit Lippenbekenntnissen zufrieden. Dies gilt umso mehr, wenn im zeitlichen Abstand von der Machtübernahme der Ideokratie selbst unter den wichtigsten Kadern der ideologische Enthusiasmus, der in dem Glauben an die tatsächliche Verwirklichbarkeit der Utopie gründet, allmählich verlischt.

Politisch Indifferente dürfen sich demnach der Einbindung in Ideokratien nicht verschließen, diese binden sie aber im Austausch für Loyalität gewöhnlich bereitwillig ein. Generell sind dabei auch im Alltagsleben die Loyalitätserwartungen von Ideokratien im Vergleich zu liberalen Demokratien weit umfangreicher. Der Einzelne kann daher auch leichter als in Demokratien in Konflikt mit der Vielzahl an Pflichtleistungen geraten, die das Regime von ihm einfordert.<sup>10</sup> Die Folgen der rigorosen Erwartung gesellschaftlicher Konformität bekamen etwa auch in weicheren Regimephasen von Ideokratien als „asozial“ oder als „Rowdy“ gebrandmarkte Personen zu spüren. Den Begriff „Asoziale“ prägten dabei die Nationalsozialisten, die damit gemeinschaftsunfähige „Ballastexistenzen“ bezeichneten. Als „Asoziale“ galten im Dritten Reich wie DDR etwa Obdachlose, Bettler, Prostituierte sowie alle die keiner regelmäßigen Arbeit nachgingen. Auf „asoziales“ Verhalten stand dabei im NS-Regime Konzentrationslager. Auch in den kommunistischen Regimen war dies ein hart und oft verurteiltes Delikt. Noch 1988 sprachen etwa die Gerichte der DDR ein Viertel aller Gefängnisstrafen für „asoziales“ Verhalten aus.<sup>11</sup>

Die Leidenschaft zur Einstimmigkeit ist aber nicht zwangsläufig mit Terror bei bloßer Verweigerung von ideologischem Enthusiasmus verbunden. Es genügt also gewöhnlich, dass man im Chor kaum hörbar mitsingt. Nur eines darf man nicht tun: Den Chorklang offen durch dissonante Töne stören. Die Illusion der Einstimmigkeit darf der Einzelne nie in Frage stellen. In der Volksrepublik China zeigt sich dabei geradezu mustergültig der Kampf zwischen der radikalen „kulturrevolutionären“ „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“-Linie und der pragmatischen „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“-Linie zwischen dem „idealistisch“ gewendeten Mao<sup>12</sup> und dem pragmatischen Liu Shaoqi. Nach zehn Jahren chaotischer „Kulturrevolution“ zwischen 1966 und 1976 setzten sich in China

9 Siehe dazu den Beitrag von Wolfgang Bialas zu Legitimation, Kooptation und Repression im NS-Regime in diesem Heft.

10 Vgl. Jana Osterkamp, Loyalität als Rechtspflicht – Verfassungsrechtliche Grundpflichten im Staatssozialismus. In: Zimmermann/Haslinger/Nigrin (Hg.), Loyalitäten, S. 25–46.

11 Vgl. Thomas Lindenberger, „Asociality“ and Modernity. The GDR as a Welfare Dictatorship. In: Katherine Pence/Paul Betts (Hg.), Socialist Modern: East German Everyday Culture and Politics, Ann Arbor 2008, S. 211–233.

12 Mao verfolgte zunächst ebenfalls eine eher pragmatische Linie.

die pragmatischen Positionen des Parteiflügels um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping durch. Sie beinhalteten etwa, dass der Einzelne der Partei auch schlicht um der eigenen Karriere willen beitreten kann und dass auch die kommunistische Partei danach streben muss, die kollektiven Interessen mit den individuellen Interessen möglichst in Übereinstimmung zu bringen.<sup>13</sup>

Ideokratien zeichnen sich, auch wenn sie eher pragmatisch sind, in der Regel dadurch aus, dass sie zumindest Lippenbekenntnisse zum Regime bis in private Nischen hinein einfordern. So fand sich etwa der Kleingärtner oder Schütze der Weimarer Republik im Zuge der (Selbst-)Gleichschaltung in einem nationalsozialistischen Kleingärtner- oder Schützenverein wieder. An der Kleingärtner- und Schießerei änderte sich nichts. Die nächsten Jahre veränderte sich das Alltagsleben des „arischen“ Kleingärtners oder Schützen erst einmal kaum. Er hatte nun lediglich einen politischen Stempel des Regimes als „nationalsozialistischer“ Kleingärtner oder Schütze. Er besagte: „Du (hast nichts anderes gesagt also) gehörst (du) dazu“.<sup>14</sup>

#### IV. Grundmuster der Kooptation in Ideokratien

Alle politischen Regime haben über die Besetzung der Positionen im Staatsdienst sowie die Löhne der Staatsbediensteten und die gesellschaftliche Umverteilung im Rahmen der Steuern und der Sozialpolitik Einfluss auf die gesellschaftliche Verteilung von Gütern und Positionen. In allen politischen Regimen ist dabei zwischen einem staatsdominierten und einem staatsfreien Bereich der Verteilung von Gütern und Positionen zu unterscheiden. Zumindest in kommunistischen Autokratien gibt es idealtypisch aber gar keinen staatsfreien Raum mehr. Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft wären demnach – so Sigrid Meuschel mit Blick auf die DDR – in Ideokratien keine vom Staat unabhängigen Systeme, die in einem Austauschprozess mit dem politischen System stehen, sondern der Staat wäre ein allumfassendes System.<sup>15</sup> Charakteristisch für das Muster der staatlichen Einbindung von Bürgern und Eliten in Ideokratien ist, dass die herrschende Elite in Ideokratien nicht nur wie in allen Autokratien beansprucht, die Zivilgesellschaft in Schach zu halten. Ideokratien in ihrer Reinform akzeptieren

13 Vgl. Rainer Hoffmann, *Kampf zweier Linien: Zur politischen Geschichte der Volksrepublik China von 1949 bis 1977*, Stuttgart 1978.

14 Vgl. u. a. Sheila Fitzpatrick/Alf Lüdtke, *On the Breaking and Making of Social Bonds in Nazism and Stalinism*. In: Michael Geyer/Sheila Fitzpatrick (Hg.), *Beyond Totalitarianism: Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009, S. 266–301, hier 293.

15 Vgl. Meuschel, *Legitimation*, S. 10. Vgl. auch M. Rainer Lepsius, *Die Institutionenordnung als Rahmenordnung der Sozialgeschichte der DDR*. In: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte*, S. 17–30; Sigrid Meuschel, *Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR*. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 19 (1993), S. 5–14.

vielmehr keine vom Staat unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen.<sup>16</sup> Sigrid Meuschel und andere betonen allerdings etwas unzureichend, dass es sich eben lediglich um einen Anspruch des Regimes, keineswegs deckungsgleich um die beobachtbare Regimewirklichkeit handelt. Tatsächlich sind weder in den beobachtbaren liberalen Demokratien Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft tatsächlich vollständig autonom vom politischen Regime, noch waren/sind in den beobachtbaren kommunistischen Ideokratien Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ausschließlich Satelliten der Politik ohne jegliche Eigendynamik.

Da Menschen recht zäh ihre Autonomie in privaten Dingen verteidigen, klappte und klappt immer eine deutliche Kluft zwischen dem idealtypisch allumfassenden ideologischen Herrschaftsanspruch und der beobachtbaren Alltagswirklichkeit in Ideokratien. Insofern kann kein politisches Regime die Gesellschaft gänzlich „[a]bsterben“<sup>17</sup> lassen. Daher hat etwa Ralph Jessen recht, wenn er einwendet, es habe in der DDR keine „geschlossene Gesellschaft“ und „Grenzen der Diktatur“ gegeben oder Mary Fulbrook, wenn sie die „Grenzen des Totalitarismus“ beschwört.<sup>18</sup> Es gibt und wird nie eine vollständig „geschlossene Gesellschaft“ geben. Ebenso wenig existiert eine vollständig „offene Gesellschaft“.<sup>19</sup> Dies sind lediglich konstruierte Idealtypen. Die Triftigkeit der Diagnose, dass keine Ideokratie je eine wirklich vollständige „Durchherrschaft“ der Gesellschaft erreichen kann, ändert aber nichts an der Triftigkeit der Diagnose, dass die kommunistischen Ideokratien danach strebten. Beide Diagnosen stehen in keinerlei Widerspruch zueinander. In vieler Hinsicht unterscheidet sich das Alltagsleben von Bürgern in Ideokratien von der Wiege bis zur Bahre nur wenig von dem Leben von Bürgern in liberalen Demokratien. Wer aber wie Mary Fulbrook argumentiert, dass die Bürger in einer kommunistischen Ideokratie wie der DDR „relativ unberührt von der schweren Hand des Staats“<sup>20</sup> leben konnten und obendrauf setzt, dass die Bürger in der DDR sich freiwillig ein-

16 Vgl. Giuseppe Di Palma, *Legitimation from the Top to Civil Society: Politico-Cultural Change in Eastern Europe*. In: *World Politics*, 44 (1991) 1, S. 49–80, hier 56 f. Die Akzeptanz unpolitischer, nichtstaatlicher Organisationen in der Volksrepublik China ist mithin ein klares Abrücken vom ideokratischen Grundmuster der gänzlichen „Durchherrschaft“ der Gesellschaft. Vgl. dazu den Beitrag von Christian Göbel in diesem Heft.

17 Meuschel, *Legitimation*, S. 10.

18 Vgl. Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), *Die Grenzen der Diktatur: Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996; Mary Fulbrook, *The Limits of Totalitarianism: God, State, and Society in the GDR*. In: *Transactions of the Royal Historical Society*, 6 (1997), S. 25–52; Ralph Jessen, *Die Gesellschaft im Sozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 21 (1995), S. 96–110, hier 99.

19 Vgl. Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Tübingen 1992. Vgl. zur Herausarbeitung der Merkmale einer geschlossenen Gesellschaft Armin Pfahl-Traugher, *Ideologische Strukturmerkmale der geschlossenen Gesellschaft*. Karl R. Popper als Totalitarismustheoretiker. In: *Aufklärung und Kritik*, 1 (2003), S. 106–125.

20 Mary Fulbrook, *The People's State: East German Society from Hitler to Honecker*, New Haven 2008, S. 67. Eigene Übersetzung.

brachten und partizipierten<sup>21</sup> oder wer bei der Analyse der DDR von einer „Autonomie der Gesellschaft“<sup>22</sup> ausgeht wie Ralph Jessen, zeichnet ein verzerrtes Bild der Alltagswirklichkeit in kommunistischen Ideokratien. Gänzlich autonom ist die Gesellschaft nicht einmal in einer liberalen Demokratie. Der kommunistische Staat griff unterschiedlich schwer in das Leben der Bürger ein. Unberührt blieb aber fast keiner. Mancher erlebte die Hände des Staats als fürsorglich streichelnd, mancher als erdrückend und einige gar als schlagend. Die Gesellschaft war „durchherrscht“, nicht autonom.

Das Maß der Monopolisierung der Güter- und Positionsverteilung und der darauf basierenden „Durchherrschtung“ der Gesellschaft variiert in Ideokratien dabei beträchtlich. Es gibt einen sehr bedeutenden Unterschied zwischen der gesellschaftlichen Durchdringung durch die kommunistischen Ideokratien und jener durch das nationalsozialistische wie das faschistische Regime. Vergleichsweise am schwächsten war die gesellschaftliche Durchdringung in der faschistischen Autokratie Italiens. Dies führte bezeichnenderweise dazu, dass bis heute umstritten ist, ob das faschistische Regime mit dem Totalitarismusbegriff bezeichnet werden kann.<sup>23</sup>

Um wesentliche Unterschiede im Muster der Einbindung von nationalsozialistischem und faschistischem Regime einerseits, den kommunistischen Regimen andererseits zu verstehen, ist an die deutlich unterschiedliche Ausgestaltung der Herrschaftsstrukturen je nach ideologischer Prägung zu erinnern. Das NS-Regime und das faschistische Regime sind Vertreter der Untergruppe der personalistischen Ideokratien. Kommunistische Regime sind von der Ideologie her im Unterschied dazu „reine“ Ideokratien, in denen Entscheidungen in (parteilichen) Institutionen fallen.<sup>24</sup> Dies schließt nicht aus, dass auch in kommunistischen Regimen personalistische Regimephasen wie unter Stalin oder Mao auftreten. Grundsätzlich hat die Institution der Herrschaftspartei in kommunistischen

21 Vgl. ebd.; dies., Ein ganz normales Leben: Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2011. Die Argumentation von Fulbrook ist dabei auch in sich nicht stimmig, da sie an anderer Stelle durchaus ausführt, dass es aufgrund der großen Verflechtung von Privatem und Öffentlichem in der DDR keinen unangetasteten Privatbereich gab.

22 Jessen, Gesellschaft, S. 100.

23 Die klar vorherrschende Position ist dabei inzwischen, dass das faschistische Regime sich prinzipiell und nicht nur graduell vom NS-Regime und von den kommunistischen Regimen unterscheidet und daher nicht als totalitär angesehen werden könne. Dieser Position widerspricht etwa: Wolfgang Schieder, Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen 2008, S. 389. Jerzy Maćków geht in umgekehrter Stoßrichtung zu Schieder so weit, dass er auch das nationalsozialistische Regime als eine Variante der autoritären Ideokratie in Abgrenzung zur totalitären kommunistischen Ideokratie verstanden wissen will. Vgl. Jerzy Maćków, Totalitarismus und danach: Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005, S. 40.

24 Vgl. zu der Unterscheidung: Steffen Kailitz, Varianten der Autokratie im 20. und 21. Jahrhundert. In: Totalitarismus und Demokratie, 6 (2009), S. 209–251; ders., Classification by Legitimation, vorgetragen auf der 6th ECPR General Conference, 25th–27th Aug. 2011, Reykjavik, University of Iceland 2011.



tischen Regimen aber eine weit stärkere Stellung als in den „Führer“-zentrierten Regimen des Faschismus und Nationalsozialismus.

Staat und Partei sind in allen Ideokratien ausgesprochen verquickt. In kommunistischen Ideokratien verschmelzen aber im Unterschied zu Faschismus und Nationalsozialismus Staats- und Parteiapparat nahezu. In den Worten Stalins: „[T]he party and soviet authorities are closely interwoven and inseparable from each other. [...] With such a setup, we'll have complete unity between soviet and party leaders, and this will unquestionably double our strength.“<sup>25</sup> So war in den sowjetkommunistischen Regimen stets der Vorsitzende der kommunistischen Partei der mächtigste Mann. Er kontrollierte die Regierungsgeschäfte.

In den kommunistischen Regimen vereinnahmte der Parteiapparat den Staatsapparat. Im NS-Regime und im faschistischen Regime sollte im Unterschied dazu die NS-„Bewegung“ im Herrschaftsapparat des Staats aufgehen. Der Zugang zu Machtpositionen verlief im nationalsozialistischen und faschistischen Regime von Adolf Hitler und Benito Mussolini forciert im Zeitverlauf immer stärker über personalistische, am streng hierarchischen „Führerprinzip“ orientierte Netzwerke von Personen („Führer-Gefolgschafts-Beziehungen“<sup>26</sup>), nachdem institutionelle Hindernisse beiseite geräumt waren. Bereits im Juni 1926 hatte die NSDAP ihrem Führer Adolf Hitler einen Freibrief gegeben, alle Entscheidungen unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in der Parteiführung zu treffen.<sup>27</sup> Dieses Führer-Prinzip konnte im NS-Regime erst über die Zeit formalisiert werden, indem Hitler ganz offiziell vom „Reichskanzler“ zum „Führer und Reichskanzler“ und schließlich zum institutionell gänzlich uneingeschränkten „Führer“ wurde, dessen Entscheidungen nicht hinterfragt werden durften.<sup>28</sup> Nun sollte auch mit Blick auf die Sowjetunion und die Volksrepublik China nicht unterschätzt werden, dass „Führer-Gefolgschafts-Beziehungen“ unter der streng formalisierten Oberfläche vor allem auf der lokalen Ebene von großer Bedeutung waren.<sup>29</sup> Selbst Stalin hatte aber – obgleich er sich ab 1929 als „woschd“, also „Führer“ bezeichnen ließ – nie offiziell eine Machtstellung, die der absolutistischen „Führer“-Stellung Hitlers im NS-Regime oder jener Mussolinis im faschistischen Regime gleich kam.<sup>30</sup> Im „Führerstaat“<sup>31</sup> artikulier-

25 Stalin zit. nach Yoram Gorlitzki/Hans Mommsen, *The Political (Dis)Orders of Stalinism and National Socialism*. In: Geyer/Fitzpatrick (Hg.), *Beyond Totalitarianism*, S. 41–86, hier 51.

26 Vgl. Martin Broszat, *Der Staat Hitlers: Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969, passim. Vgl. auch Gorlitzki/Mommsen, *Political (Dis)Orders*, S. 56.

27 Vgl. ebd., S. 52.

28 Den offiziellen Titel „Führer“ (= „Duce“) hat Hitler von Mussolini übernommen.

29 Vgl. u. a. Moshe Lewin, *Russia – U.S.S.R. – Russia: The Drive and Draft of a Super-state*, New York 1995.

30 Deutliche Analogien finden sich aber zwischen dem Machtaufbau des NS-Regimes und des nordkoreanischen Regimes, in der eine Mischung aus einer Parteiherrschaft und einer Führer-Gefolgschaftsbeziehung in der Verfassung verankert ist. Hier gingen die Gemeinsamkeiten deutlich über die Nutzung des „Führer“-Titels durch Kim Il-sung und Kim Jong-il hinaus.

te Hitler wesentliche Punkte seines Willen in öffentlichen Reden, denen dann von der Gefolgschaft „entgegengearbeitet“<sup>32</sup> wurde, während Stalin unermüdlich in sechzehnständigen Arbeitstagen Direktiven auf den institutionellen Dienstwegen weitergab.

Die Bedeutung von Institutionen ist im NS-Regime und im faschistischen Regime weit geringer als in den kommunistischen Regimen. Daraus erklärt sich ein unterschiedlicher Umgang mit den Institutionen, auf die das neue ideokratische Regime bei der Machtübernahme stieß. Während die kommunistischen Regime an die Stelle des Institutionensystems des vorherigen Regimes – etwa des zaristischen Regimes – ein komplett neues Institutionensystem setzten, ließen die Nationalsozialisten und Faschisten das vorhandene Institutionensystem zunächst formal weiterbestehen.<sup>33</sup> Allerdings waren die vorherigen institutionellen Regeln nicht weiter bindend und sie wurden im Zeitverlauf ad hoc durch Neuregelungen ersetzt. Die Reichsregierung wurde im NS-Regime etwa rasch zu einem Beratungsorgan herabgestuft, das Hitler lediglich noch unverbindliche Vorschläge unterbreiten konnte.<sup>34</sup> Parallel dazu etablierte sich aber kein Äquivalent zum Politbüro kommunistischer Parteien als neues Machtzentrum. Vielmehr wurde das Führer-Prinzip auf den Staat übertragen.

Macht wurde im NS-Regime territorial aufgeteilt, aber nicht auf horizontaler Ebene geteilt oder auch nur beschränkt. Faktisch gab es im NS-Regime 36 relativ unabhängige Parteiorganisationen auf Gauebene, die – im Unterschied zu kommunistischen Regimen – nicht systematisch von einer zentralen Parteiführung gesteuert wurden.<sup>35</sup> So konzentrierte sich bei den Personalunionen von Gauleitern und Reichsstaathaltern bzw. Oberpräsidenten, die durchweg von zuverlässigen Nationalsozialisten ausgeübt wurden, unterhalb Hitlers beträchtliche Macht.<sup>36</sup> Die regelmäßigen Treffen Hitlers mit den Gauleitern können noch am ehesten als das Machtzentrum der Führungsebene der NSDAP angesehen werden.<sup>37</sup> Die lokalen Führer waren dabei gemäß dem Führerprinzip zwar vom Wohlwollen Hitlers, aber kaum von den Mehrheitsverhältnissen in lokalen Par-

31 Vgl. Norbert Frei, *Der Führerstaat: Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 2007.

32 Die Wendung „dem Führer entgegenarbeiten“ popularisierte: Ian Kershaw, *Hitler, 1889–1936: Hubris*, New York 2000; ders., *Hitler, 1936–1945: Nemesis*, New York 2000. Siehe auch Anthony McElligott/Tim Kirk (Hg.), *Working Towards the Führer: Essays in Honour of Sir Ian Kershaw*, Manchester 2003.

33 Der spezifische mit dem Kommunismus verbundene völlige Umbruch des bisherigen Staatsapparats dürfte allerdings auch damit zu tun haben, dass die Kommunisten sich originär in Russland und China in riesigen Reichen mit bis dahin unzureichend ausgebildeter Bürokratie durchsetzten.

34 Vgl. u. a. Broszat, *Staat*, S. 353–359.

35 Vgl. Gorlitzki/Mommsen, *Political (Dis)Orders*, S. 54.

36 Vgl. Rudolf Morsey, *Die verfassungsgeschichtliche Entwicklung*. In: Wilfried Berg/Kurt G. Jeserich (Hg.), *Deutsche Verwaltungsgeschichte*. Band 4: *Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1985, S. 696–706, hier 702.

37 Vgl. u. a. Gorlitzki/Mommsen, *Political (Dis)Orders*. S. 57; Kershaw, *Nemesis*, S. 536.

teigremien abhängig. Unterhalb der Position des Führers auf zentralstaatlicher Ebene wie Gauebene entschied die Frage des persönlichen Zugangs zum jeweiligen Führer über die Machtbefugnisse, nicht fixierte Amtsfunktionen. Auf dieser Grundlage verschwimmt aber im NS-Regime und im faschistischen Regime im Unterschied zu den meisten kommunistischen Regimen die im Grunde sehr große Patronagemacht zum Teil in eine Macht zur Speisung klientelistischer Netzwerke dieses oder jenes (Unter-)Führers.

Kommunistische Regime beanspruchen im Unterschied zum nationalsozialistischen und faschistischen Regime über die Verteilung aller Positionen und Güter in der Gesellschaft direkt zu entscheiden. Damit hätte der Staat Zugriff auf potenziell alle Erwerbskarrieren der Bürger. Setzt der kommunistische Staat diesen Anspruch durch, kann er direkt über das Einkommen aller seiner Bürger und damit ihren materiellen Wohlstand bestimmen. Wenn er auch alle Güter produziert und verteilt, kann er effektiv über die Eigentumsmöglichkeiten aller Bürger bestimmen. Letztlich bedürfte der Staat unter diesen Voraussetzungen keiner Steuern mehr. So hat konsequenterweise auch das kommunistische Nordkorea 1974 als erster und bislang einziger Staat der Welt alle Steuern abgeschafft. Alle anderen kommunistischen Regime besteuerte(n) ihre Bürger weiterhin. Dies ergab auch Sinn, da es in den meisten kommunistischen Staaten wie etwa in China, Polen und Ungarn noch bedeutende Bereiche der Privatwirtschaft gab. Es gibt also schon beim angestrebten Grad der Monopolisierung von Gütern und Positionen beim kommunistischen Staat eine in den konkreten kommunistischen Regimen unterschiedlich große Lücke zwischen idealtypischem Anspruch und beobachtbarer Wirklichkeit.

In der beobachtbaren Wirklichkeit sind drei grundlegend unterschiedliche Stadien der Monopolisierung der Güter- und Positionsverteilung in kommunistischen Staaten erkennbar. Diese drei „staatskapitalistischen“ Entwicklungsstadien korrespondieren mit den Etappen, die Lenin auf dem Weg zum Kommunismus als unvermeidbar charakterisiert hat. Klaus von Beyme brachte sie so auf den Punkt: „1. [die] Phase indirekter Lenkung des überwiegenden Privatsektors durch Steuer-, Preis- und Kreditpolitik; 2. [die] Phase der gemischt staatlich-privaten Unternehmungen; 3. [die] Phase der Nationalisierung“.<sup>38</sup> In aller Regel „nationalisierten“ kommunistische Regime zumindest die Großindustrie und die Banken. Die Entwicklung der Volksrepublik China war am stärksten von einem Hin und Her geprägt. In den letzten Jahrzehnten ist eine deutliche Reprivatisierung von Eigentum in China zu beobachten. Allerdings sind 2012 Banken, Fahrzeugbau, öffentliche Versorgung, Telekommunikation und der Rohstoffsektor noch nahezu vollständig in Staatshand und alle größeren wirtschaftlichen Aktivitäten reglementiert der Staat stark mittels eines Fünf-Jahres-Plans.

Das NS-Regime und das faschistische Regime begnügten sich im Unterschied zu den kommunistischen Regimen ohnehin damit, den Rahmen festzulegen und

---

38 Klaus von Beyme, *Ökonomie und Politik im Sozialismus*, München 1975.

jederzeit über Kooptationskanäle Einfluss auch auf die nicht-staatliche Verteilung von Gütern und Positionen nehmen zu können. Auch in Nationalsozialismus und Faschismus gab es einen klaren „Primat der Politik“ im wirtschaftlichen Bereich.<sup>39</sup> Es herrschte also eine merkantilistische Wirtschaftsstruktur vor. Das NS-Wirtschaftssystem war eine „staatliche Kommandowirtschaft auf privatkapitalistischer Grundlage“.<sup>40</sup> Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski ebneten den Unterschied der Wirtschaftsstrukturen zwischen dem nationalsozialistischen und faschistischen Regime einerseits und den kommunistischen Ideokratien andererseits allerdings viel zu stark ein. Sie argumentierten, es habe auch in den faschistischen und nationalsozialistischen Ideokratien eine klare hierarchische Wirtschaftsstruktur mit dem Duce Mussolini und Adolf Hitler an der Spitze gegeben. Dadurch seien auch alle in der Privatwirtschaft arbeitenden Menschen „verkappte Staatsfunktionäre“.<sup>41</sup>

Im wirtschaftlichen – wenn auch nicht im politischen – Bereich hatten die Menschen im faschistischen und nationalsozialistischen Regime aber mehr Freiraum als in den kommunistischen Regimen. Das gilt für den Betriebsleiter im NS-Regime, der in Konkurrenz zu anderen Betriebsleitern über seine Produktpalette in wesentlichen Punkten noch entscheiden konnte, aber auch für den Arbeiter, der eben überwiegend im Unterschied zu Beamten und Soldaten finanziell nicht direkt vom Staat abhängig war. In Rechnung zu stellen ist hinsichtlich des Nationalsozialismus, dass sechs der zwölf Herrschaftsjahre Kriegsjahre waren, in denen auch im Dritten Reich das Alltagsleben stark von den politischen Maßnahmen des NS-Regimes durchdrungen war.

## V. Einbindung von Eliten

### 1. Regimeelite

Idealtypisch kann in Ideokratien wie in allen Einparteiautokratien kein Bürger eine einflussreiche Position in Partei und Staat erlangen, der nicht Mitglied der Staatspartei oder gegebenenfalls Mitglied einer ihrer Satellitenparteien ist. Die

39 Vgl. u. a. Karl Dietrich Bracher, *The German Dictatorship. The Origins, Structure, and Effects of National Socialism*, New York 1970, Kapitel 2, Tim Mason, *Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, In: *Argument*, 8 (1966), S. 473–494; Richard J. Overy, *The Nazi Economic Recovery: 1932–1938*, London 1982, S. 58.

40 Bernd Jürgen Wendt, *Deutschland 1933–1945. Das „Dritte Reich“*. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, S. 206. Vgl. umfassender zur Charakterisierung des NS-Wirtschaftssystems als Kommandowirtschaft: Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich: Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968, S. 10. Das ist – nebenbei bemerkt – eine Bezeichnung, die sich zunehmend auch auf die Volksrepublik China anwenden lässt.

41 Vgl. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 161.

millionenfachen Masseneintritte in die ideokratischen Staatsparteien des NS-Regimes und der Sowjetunion nach deren Machtübernahme sind nicht durch einen plötzlich virusartig verbreiteten Legitimitätsglauben erklärbar, sondern vorrangig durch die Erwartung, dass der Einzelne im Gegenzug für die demonstrativ signalisierte Loyalität materielle und immaterielle Vorteile gegenüber Nicht-Parteimitgliedern erwarten kann.

Tatsächlich gilt aber die Karrierebegünstigung durch eine Mitgliedschaft in der Staatspartei für kommunistischen Regime deutlich stärker als für das nationalsozialistische und faschistische Regime. Nur Parteikomitees konnten in den sowjetkommunistischen Ideokratien Nomenklaturpositionen<sup>42</sup> besetzen, und die Inhaber konnten ihre Position nur mit ihrer Zustimmung verlieren. Ein Äquivalent dazu gibt es im nationalsozialistischen und faschistischen Regime nicht. Aus zwei Gründen erscheint es aber auch für kommunistische Regime nicht sinnvoll, die Regimeelite (also die Nomenklatura-Positionen) tatsächlich lediglich für einen recht kleinen Kreis ideologisch sehr gefestigter Personen zugänglich zu machen und sinnvoll den Weg in Spitzenpositionen auch pragmatischeren, nicht selten sogar vorwiegend karriereorientierten Personen zu öffnen: 1. Karriereoptionen für die politisch Indifferenten senken die Wahrscheinlichkeit, dass sich die gesellschaftliche Masse der politisch Indifferenten auf die Seite der Opposition schlägt. 2. Weiterhin schadet es der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stark, wenn alle Spitzenpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft lediglich nach dem Grad des Glaubens an die Herrschaftsideologie und nicht vorrangig nach der Befähigung für die Position besetzt werden. Wer etwa selbst seine Leibärzte aufgrund ideologischer Gesinnung auswählt, stirbt schlicht früher!<sup>43</sup> Einer starken Öffnung der Regimeelite gegenüber politischen Pragmatikern<sup>44</sup> folgten in kommunistischen Regime allerdings häufig Gegenbewegungen.

Das nationalsozialistische und faschistische Regime einerseits und die kommunistischen Regime andererseits unterscheiden sich sowohl im Ausmaß des Bereichs, in dem der Staat Güter und Positionen in Gesellschaft und Wirtschaft verteilt, als auch in der Frage, wie diese Verteilung gehandhabt wird. Obgleich auch das NS-Regime und das faschistische Regime das Militär direkt lenkten, war das Militär in diesen Staaten im Unterschied zur „Roten Armee“ der Sowjet-

42 Der Begriff „Nomenklatura“ bezieht sich dabei sowohl auf die in den Listen aufgeführten Positionen als auch in der Folge auf die konkreten Inhaber dieser Positionen. Vgl. Michael S. Voslensky, *Nomenklatura: Die herrschende Klasse der Sowjetunion*, München 1984.

43 Gewöhnlich waren auch Ideokratien – das kambodschanische Pol-Pot-Regime ist eine Ausnahme – ausreichend rational, um bei Kadern in Wirtschaft und Gesellschaft auch Leistungskriterien anzulegen. Vgl. u. a. Axel Salheiser, *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*, Wiesbaden 2009.

44 Vgl. am Beispiel der DDR: Peter Christian Ludz, *Parteilite im Wandel: Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln 1968.

union eben nicht direkt vom Regime mit ideokratischer Ausrichtung neu formiert worden. Die Militärverbände der Ideokratie in Gestalt der Waffen-SS rückten im NS-Regime vielmehr neben die traditionale Armee. Insgesamt war in Militär und überhaupt der Staatsbürokratie der Personalaustausch in der Sowjetunion fundamental. Es fand ein ausgesprochen weitreichender Elitenaustausch statt. Im NS-Regime und im faschistischen Regime gab es nach der Machtübernahme der ideokratischen Regime zwar politische Säuberungswellen in Bürokratie und Militär. Sie blieben in ihrem Umfang aber weit hinter dem Totalumbruch im Staatsapparat beim revolutionären Wechsel vom zaristischen Regime zum kommunistischen Sowjetregime zurück. Dies bedeutete, dass das faschistische Regime und das NS-Regime, um die Loyalität von Militär und Bürokratie zu erhalten, deutlich abhängiger von Konzessionen an traditionale Eliten waren, die noch wichtige Positionen in den staatlichen Institutionen von Militär und Bürokratie besetzten.<sup>45</sup>

Kommunistische Regime haben in größerem Maße einflussreiche politische Eliten außerhalb des Regimes lediglich in ihrer Etablierungsphase direkt nach dem Zweiten Weltkrieg in ost- und mitteleuropäischen Staaten und in ihrer Niedergangsphase in Mittelost- und Osteuropa 1989–1991 geduldet. In Ostmitteleuropa mussten im Unterschied zur Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg bürgerliche Eliten zunächst auf politischer Ebene noch eingebunden werden. Rasch verloren diese aber ihre Eigenständigkeit und wurden in das Regime integriert. War zu Beginn der DDR etwa die CDU noch sehr eigenständig und eigenwillig bis an die Grenze des Widerstands gegenüber der SED, war sie in den 1980er Jahren lediglich eine Art gleichgeschaltete Zweigstelle mit kaum nennenswerter eigenständiger Profilierung.<sup>46</sup>

## 2. Regimeunabhängige Eliten

Gemäß der monistischen Grundvorstellung von Ideokratien darf es vom Staat und der ihn tragenden Partei unabhängige einflussreiche Gruppen im Grunde gar nicht geben. Dieser Anspruch ist bei den kommunistischen Regimen aber deutlich ausgeprägter als beim nationalsozialistischen und faschistischen Regime. Im NS-Regime waren Eliten in Wehrmacht, Bürokratie und Industrie weitgehend eigenständige Machtsäulen neben der originären NS-Elite. Die kommunistischen Regime monopolisierten dagegen die staatlichen und wirtschaft-

45 Eine wichtige Konzession an Banken und Großindustrie war etwa die Ernennung des parteiungebundenen Hjalmar Schacht zum Präsidenten der Reichsbank. Die Konzessionen endeten dabei weitgehend mit Beginn des Zweiten Weltkriegs. Schacht wurde etwa 1939 nach der Äußerung von Vorbehalten gegen die Finanz- und Rüstungspolitik des NS-Regimes entlassen.

46 Vgl. Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1990; Michael Richter/Martin Rissmann (Hg.), *Die Ost-CDU: Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung*, Weimar 1995.

lichen Elitepositionen. In den kommunistischen Regimen gab es eine Liste mit allen wichtigen Posten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die nur Parteikomitees besetzen durften (Nomenklatura).<sup>47</sup> Ein Äquivalent dazu gab es weder im faschistischen noch im nationalsozialistischen Regime. Ein wesentlicher Unterschied auf der Elitenebene ist vor allem, dass die Gruppe der reichen Unternehmer in kommunistischen Regimen – mit Ausnahme der jüngsten Vergangenheit der Volksrepublik Chinas – nicht (mehr) vorhanden ist, aber im nationalsozialistischen und faschistischen Regime eine zentrale Akteursgruppe darstellte, die wirksam eingebunden werden musste.<sup>48</sup>

Das nationalsozialistische und faschistische Regime banden in sehr viel größerem Maße als kommunistische Regime Eliten der vorherigen Regimeperiode wie das Unternehmertum in ihre Herrschaft ein. In Nationalsozialismus und Faschismus ging der Einbindungswille dabei keineswegs immer vorrangig vom Regime aus. So gab es etwa gegen die Deutsche und die Dresdner Bank in der NSDAP bedeutende Vorbehalte. Nicht wenige sahen sie als Bastionen des „raffenden Kapitals“. Aus ideologischen Gründen lag Nationalsozialisten das Modell der Sparkassen weit näher als das der Großbanken. Dennoch hatten die klaren Signale des Einbindungswillens der Großbanken Erfolg. Die Unternehmen signalisierten dabei den Willen zur Regimeeinbindung etwa mittels einer aktiven Kooptation von Nationalsozialisten in Vorstand und Aufsichtsrat.<sup>49</sup> Was für die Banken galt, war in der gesamten Wirtschaft kaum anders. Halb zog das NS-Regime die Industriellen und Unternehmer in die Einbindung, halb sanken sie entgegen. Um die beiden wichtigsten wirtschaftlichen Interessenverbände, den „Reichslandbund“ und den „Reichsverband der deutschen Industrie“, in die staatliche Kommandowirtschaft einzugliedern, bedurfte es keinerlei Zwanges. Die Verbandspräsidenten arbeiteten dem Führer willig „entgegen“. Bei der IG Farben zeigte sich im industriellen Bereich das höchste – und damit nicht typische – Maß an Verflechtung von Staat und Wirtschaft. Das NS-Regime machte das Vorstandsmitglied der IG Farben, Carl Krauch, zum staatlichen Generalbevollmächtigten Chemie. Umgekehrt übertrug die IG Farben den NS-Gauleitern Walter Köhler und Adolf Wagner die Verantwortung für die wichtigen Geschäftsbereiche Rohstoffverteilung und Preisbildung.<sup>50</sup>

Auch kommunistische Ideokratien können gewöhnlich nicht verhindern, dass zumindest in der Etablierungsphase bereits vor der Entstehung des ideokratischen Regimes etablierte Institutionen und soziale Gruppen weiterhin bedeutenden Einfluss besitzen. In der Sowjetunion wurde die bisherige bürgerliche Elite

47 Das Nomenklatura-System verabschiedete die KPdSU im Juni 1923. Seither prägte es alle sowjetkommunistischen Regime.

48 Diesen grundlegenden Unterschied betonten etwa beim Vergleich des Sowjet- und NS-Regimes auch Gorlitzki/Mommsen, *Political (Dis)Orders*, S. 44.

49 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Die Dresdner Bank 1933–1945: Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft*, München 2006; Harold James, *Die Deutsche Bank im Dritten Reich*, München 2003.

50 Vgl. Peter Hayes, *Industry and Ideology: IG Farben in the Nazi Era*, Cambridge 2001.

aber vergleichsweise rasch und vollständig ausgeschaltet, nachdem 1917/1918 die Eigentumsverhältnisse zunächst noch unangetastet geblieben waren. Lediglich in der Phase der „Neuen Ökonomischen Politik“ von 1921 bis 1928 gab es in der Sowjetunion größere Konzessionen an vom kommunistischen Regime unabhängige Restbestände alter Eliten. Auch in Ostmitteleuropa neigten die kommunistischen Machthaber nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer recht weitgehenden Entmachtung und Enteignung alter wirtschaftlicher Eliten. Kommunistische Regime wie die DDR oder Polen taten sich sogar mit der Kooptation von regimeunabhängigen Kleinunternehmern oder freien Bauern schwer und zwar selbst dann, wenn sie offiziell deren Existenzberechtigung anerkannten.<sup>51</sup>

Das kommunistische Regime Chinas machte deutlich größere Zugeständnisse an alte Eliten. So blieben viele ehemalige Unternehmer beim Übergang zum kommunistischen Regime schlicht an der Spitze ihrer Unternehmen. Dies begünstigte eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, aber der radikal ideologische Flügel der kommunistischen Partei wurde angesichts wachsender sozialer Ungleichheit zunehmend unzufriedener. Diese Unzufriedenheit mündete letztlich in der „großen proletarischen Kulturrevolution“. Sie war nicht zuletzt ein harter Schlag gegen die vorrevolutionären Eliten, der bis zu diesem Zeitpunkt – durchaus überraschend – ausgeblieben war. Langfristig setzte sich in China dann bekanntlich wieder die pragmatische Linie Liu Shaoqis und Deng Xiaopings durch, die eine Duldung von unabhängigen Regimeeliten im wirtschaftlichen Bereich beinhaltete.

Während das Unternehmertum in den kommunistischen Regimen überwiegend ausgeschaltet wurde, gestaltete sich der Umgang mit der Kirchenelite und insgesamt mit der Kirche weit unterschiedlicher. Während in der Sowjetunion die Kirche ihre Machtposition nahezu vollständig verlor, konnte sie etwa in Polen einen beträchtlichen Teil ihres Machtpotenzials bewahren. Im zaristischen Russland war dabei die Bedeutung der orthodoxen Kirche nicht geringer als jene der katholischen Kirche in Polen. In beiden Staaten war die Kirche in vorkommunistischen Zeiten der eindeutige Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Die Sowjetunion beschritt nun ab 1929 einen Weg einer totalen Unterdrückung der orthodoxen Kirche. Das Regime enteignete massenweise Kirchengebäude, verwendete sie zu staatlichen Zwecken weiter oder zerstörte sie. Die Sowjetkommunisten inhaftierten Priester und Klosterangehörige oder ermordeten sie sogar. Begründet lag diese äußerst harte und kompromisslose Haltung in der engen Verquickung der orthodoxen Kirche mit dem zaristischen Staat und der eindeutigen Positionierung der orthodoxen Kirche gegen die Kommunisten im russischen Bürgerkrieg 1917/18 bis 1920. Die Unterdrückung der bis dahin zentralen gesellschaftlichen Institution der orthodoxen Kirche schadete allerdings der Integrationsfähigkeit des neuen sowjetkommunistischen Regimes in den

51 Vgl. etwa mit Blick auf die DDR: Thomas Großbölting, SED-Diktatur und Gesellschaft: Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle, Halle (Saale) 2001, S. 421.



ländlichen Regionen. Dort wohnten dabei in der anfangs noch wenig urbanisierten Sowjetunion die weitaus meisten Bürger. Langfristig hatte die harte Repression allerdings machstrategisch auch Vorteile. Im Unterschied zu Polen wurde die Kirche auch nach der Lockerung der Unterdrückung während des Zweiten Weltkriegs und einer Neujustierung des Verhältnisses zwischen Staat und orthodoxer Kirche nicht mehr zu einem Kristallisationspunkt der Opposition. In den ostmitteleuropäischen kommunistischen Autokratien blieb(en) dagegen im Unterschied zur Sowjetunion die Kirche(n), besonders relevant in Polen, *die* Gruppe(n) oder eine der letzten verbliebenen Gruppen mit relativ eigenständiger Verfügungsmacht über Positionen und damit Erwerbsmöglichkeiten. In den kommunistischen Gesellschaften lassen sich dabei 1. je nach Zeitabschnitt und Land unterschiedliche vorherrschende Reaktionsweisen und 2. auch innerhalb der Kirche in einem Land unterschiedliche Reaktionsweisen von Würdenträgern von reservierter Loyalität bis hin zu offener Illoyalität erkennen.<sup>52</sup>

Während das Verhältnis von kommunistischen Regimen und Kirche stets durch ein klar feindliches bis zumindest ausgesprochen reserviertes Gegenüber gekennzeichnet war, stellte sich die Lage im nationalsozialistischen und faschistischen Regime komplizierter dar. Teile des NS-Regimes strebten danach Christen mit einer nationalsozialistischen geprägten Variante des Christentums einzubinden. Dies blieb nicht ohne Erfolg. So spaltete sich im NS-Regime die evangelische Kirche in eine willig in das Regime eingebundene „Glaubensgemeinschaft deutscher Christen“ und eine oppositionelle „Bekennende Kirche“. Insgesamt gelang dem Nationalsozialismus ein erstaunlich hohes Maß an Durchdringung des Protestantismus.<sup>53</sup> Die katholischen Geistlichen blieben im Unterschied zu den evangelischen im Kern durchweg eine Gegenelite, die überwiegend Widerstreben (in den Worten des Bayern-Projekts „Resistenz“) gegen eine Einbindung in das NS-Regime an den Tag legte. Allerdings ließ sich die katholische Kirche nach 1933 zumindest auf einen Waffenstillstand mit dem NS-Regime ein. So widerrief die katholische Kirche im März 1933 die Unvereinbarkeit zwischen katholischer Kirchengliederung und nationalsozialistischer Parteimitgliedschaft und im Juli 1933 folgte der Abschluss des Reichskonkordats. Dies war vor allem eine Reaktion auf das unerwartete – und unter Nationalsozialisten durchaus umstrittene – Friedensangebot Hitlers im März 1933 an die Kirchen, ihre bisherigen Rechte unangetastet zu lassen.<sup>54</sup>

52 Vgl. Stanisław Jankowiak, Zwischen Kampf, Loyalität und Zusammenarbeit. Die katholische Kirche das sozialistische Regime in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Zimmermann/Haslinger/Nigrin (Hg.), Loyalitäten, S. 328–340; Clemens Vollnhals, „Kirche im Sozialismus“. Kollaboration, Loyalität und Konflikt in der Ära Honecker. In: ebd., S. 265–280.

53 Vgl. Manfred Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus: Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin, Köln 2001.

54 Vgl. Georg Kretschmar/Carsten Nicolaisen, Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches, Band I: Das Jahr 1933, München 1971, S. 24.

## VI. Masseneinbindung von Bürgern

Konrad Jarausch, Thomas Lindenberger und Gerd Meyer umreißen einen zentralen Ausschnitt der massenhaften Einbindung der Bevölkerung in (kommunistischen) Ideokratien, wenn sie von einem „Sozialvertrag zwischen Bevölkerung und Regime“ sprechen, der in den kommunistischen Staaten auf „dem *quid pro quo* von Befriedigung der Konsumbedürfnisse für politisches Stillhalten“<sup>55</sup> beruht habe. Aus dieser Perspektive erscheinen die Ideokratien als „Fürsorgediktaturen“ mit einer ganz eigenen Mischung aus „belagernder Fürsorglichkeit und bürokratischer Unterdrückung“.<sup>56</sup> Das nationalsozialistische Regime wurde aus einer ganz ähnlichen Perspektive des Alltagsempfindens der normalen Bürger von Götz Aly als „Gefälligkeitsdiktatur“<sup>57</sup> interpretiert.

Die folgenden Betrachtungen konzentrieren sich auf die Kerngruppen der Arbeiter und der Landbevölkerung in den Ideokratien. Die Unruhen in der DDR 1953 und in Polen 1956 entstanden bekanntlich nicht zuletzt wegen Unzufriedenheiten von Arbeitern bei der Abwägung des Kosten-Nutzen-Kalküls ihres Arbeitseinsatzes. Die Arbeiter hielten ihren Anteil vom Kuchen schlicht für unzureichend. Generell führte die Kluft zwischen dem ideologischen Anspruch ihrer gesellschaftlichen Führungsrolle und der sozialen Wirklichkeit der Arbeiter in sowjetkommunistischen Regimen paradoxerweise dazu, dass gerade diese zentrale Bevölkerungsgruppe neben den Intellektuellen die am schwersten vollständig einzubindende Gruppe war.<sup>58</sup> Die Angst vor neuen Aufständen der ideologischen Schlüsselgruppe der Industriearbeiter begünstigte in kommunistischen Regimen eine deutliche Überbeanspruchung des wirtschaftlichen Potenzials. Letztlich gelang der Drahtseilakt aber nicht überall. Ab den 1980er Jahren

- 55 Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 48 (1998) B 20, S. 33–46, hier 41 (Hervorhebung im Original). Thomas Lindenberger spricht inhaltlich identisch vom „mutual pact between the regime and the population that traded social security and consumption for political obedience and external conformity“. Lindenberger, „Asociality“, S. 211. Gerd Meyer beschreibt ebenfalls inhaltlich deckungsgleich einen „ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag“, in dem die Menschen der DDR „soziale Sicherheit und ein bescheidenes Maß an Wohlstand gegen politische Loyalität und funktionsgerechte Mitwirkung [tauschen]“. Gerd Meyer, *Gesellschaftliche Widersprüche und demokratischer Aufbruch in der DDR*. In: Andrea Pabst/Catharina Schultzeiß/Peter Bohley (Hg.), *Wir sind das Volk? Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende*, Tübingen 2001, S. 9–30, hier 14.
- 56 Jarausch, *Realer Sozialismus*, S. 33–46; ders., *Care and Coercion: The GDR as Welfare Dictatorship*. In: ders., *Dictatorship as Experience: Towards a Socio-Cultural History of the GDR*, New York 1999, S. 47–69. Vgl. etwa auch Jürgen Kocka, *The GDR: A Special Kind of Modern Dictatorship*. In: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Dictatorship as Experience: Towards a Socio-Cultural History of the GDR*, New York 1999, S. 17–26 und Meuschel, *Legitimation*.
- 57 Vgl. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a. M. 2006, S. 49–92.
- 58 Vgl. Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter im Staatssozialismus: Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln 2005.

erklärte in der Volksrepublik Polen die staatlich nicht mehr zu bändigende Massenorganisation der Industriearbeiter, die freie Gewerkschaft „Solidarność“, offen ihre Illoyalität mit dem kommunistischen Regime.<sup>59</sup> Die offene massenhafte Illoyalität weiter Teile des Kernklientels der Kommunisten in Polen, die durch staatliche Einbindungsversuche nicht mehr zu beschwichtigen war, führte zum Fall des ersten kommunistischen Dominosteins, der dann eine Kettenreaktion in Gang setzte. Illoyale, politisch engagierte Massen (also nicht bloße eher elitäre und überschaubare Diskussionszirkel von Oppositionellen) drohen stets Ideokratien (im Grunde aber jedes politische Regime) von innen heraus zu sprengen.

Es erscheint auf den ersten Blick erstaunlich, dass dem NS-Regime und dem faschistischen Regime die Einbindung der Arbeiter in mancher Hinsicht reibungsloser, jedenfalls nicht reibungsreicher, gelang als den kommunistischen Regimen.<sup>60</sup> Durch Organisationen wie das „Amt für Schönheit der Arbeit“ unter dem Dach der „Deutschen Arbeitsfront“ konnte das NS-Regime zum Teil kleine, aber sichtbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wie etwa besseres Licht oder saubere Tische während der Kaffeepausen einführen.<sup>61</sup> Unmut aufgrund geringer Löhne und anziehenden Leistungsdrucks war, wie die Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zeigen, durchaus auch im NS-Regime verbreitet.<sup>62</sup> Neben der Popularität Hitlers dürfte dem NS-Regime aber unter Arbeitern vor allem zugute gekommen sein, dass es im Unterschied zu den kommunistischen Regimen von den meisten Arbeitern nicht direkt für Mängel der Arbeitsbedingungen und die Höhe der Löhne verantwortlich gemacht wurde, sondern die jeweiligen Unternehmer. Auf diese Weise war das NS-Regime im Unterschied zu den kommunistischen Regimen in der komfortablen Lage sich eine Reihe von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ans Revers heften zu können, während für Unerfreuliches der Unternehmer der vorrangige Adressat blieb. Insgesamt orientierte sich das nationalsozialistische und faschistische Regime, auch wegen der besseren wirtschaftlichen Ausgangsposition, von Anfang an stärker als die sowjetkommunistischen Regime daran, Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Zumindest bis zur Schlacht von Stalingrad im August 1943 ordneten die Nationalsozialisten sogar Rüstungsinteressen partiell den Konsumbedürfnissen der deutschen Bevölkerung unter. Götz Aly urteilte darüber zuspitzend: „Die deutsche Führung schuf und garantierte einen Kriegssozialismus, der auf die Loyalität der kleinen Leute zielte.“<sup>63</sup>

59 Vgl. Hartmut Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990*, Berlin 1999.

60 Vgl. Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im „Dritten Reich“: Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945*, Göttingen 1989.

61 Vgl. Fitzpatrick/Lüdtke, *Breaking*, S. 287–291; Alf Lüdtke, *People Working: Everyday Life and German Fascism*. In: *History Workshop Journal*, 50 (2000), S. 74–92.

62 Vgl. Bernd Stöver, *Volkgemeinschaft im Dritten Reich: Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte*, Düsseldorf 1993.

63 Aly, *Hitlers Volksstaat*, S. 68. Dies geschah dabei im Krieg konsequent auf Kosten der Bewohner der vom NS-Regime besetzten Gebiete.

Der wohl größte Unterschied zeigt sich zwischen Nationalsozialismus und Faschismus einerseits und kommunistischen Regimen andererseits bei der Loyalität der Landbevölkerung. Mit der Kollektivierung in den 1930er Jahren verprellte die Sowjetmacht die Bauern – nach einer Phase des Loyalitätserwerbs im Austausch gegen Boden – nachhaltig. Wegen der gleichzeitigen Verfolgung der gerade auf dem Land sehr wichtigen orthodoxen Kirche wurde die Sowjetmacht vielfach als eine fremde, städtische Ideologie angesehen. Wurde die Sowjetunion zumindest von einer Minderheit der Arbeiter als „Arbeiterstaat“ angesehen, nahm kaum ein Bauer sie als „Bauernstaat“ an. Die Einbindung der zweiten Titulargruppe des Arbeiter- und Bauernstaats war in der Sowjetunion derart erfolglos, dass Stalin im Zuge der „Entkulakisierung“, die sich keineswegs ausschließlich gegen Großbauern richtete, schließlich zu roher Gewalt griff, um die Bauern durch millionenfache Deportation und Mord nachhaltig einzuschüchtern.<sup>64</sup>

Nationalsozialismus und Faschismus stießen dagegen auch in der Regimephase gerade in stark ländlich geprägten Regionen auf große Anhängerschaft. Die vorherrschende Positionierung der Großagrарarier zugunsten von Faschismus und Nationalsozialismus als einer Art „präventiver Konterrevolution“<sup>65</sup> gegen eine Enteignung ihres Großgrundbesitzes durch Kommunisten ist dabei interessenbedingt und leicht nachvollziehbar. Die starke Loyalität unter der einfachen Landbevölkerung dürfte schlicht in einer Politik der Nationalsozialisten und Faschisten zugunsten landwirtschaftlicher Interessen wurzeln.

## VII. Ausgrenzung: die repressive Kehrseite der Einbindung

Verweigerte Einbindung in die Regimestrukturen und Repression gehen in Staaten, die die Verfügungsgewalt über Güter und Positionen weitgehend monopolisieren, fließend ineinander über. Die Nicht-Verteilung von Gütern und Positionen als Nicht-Einbindung (sprich Ausgrenzung) geht fließend über in den Entzug von Gütern und Positionen als Mittel der Repression. Die Verweigerung der Einbindung in die Regimestrukturen kann sich dabei auf aktive Regimeopposition beschränken. Sie muss es aber keineswegs und geht in Ideokratien gerade in und direkt nach der Umbruchphase häufig deutlich darüber hinaus.

Ein kennzeichnendes Merkmal des Ausgrenzungsmusters von Ideokratien ist, dass sie über eine (vermeintliche) Regimegegnerschaft hinaus aus ideologischer Sicht Feindgruppen bestimmen.<sup>66</sup> Die Rassengesetzgebung der Nationalsozialis-

64 Vgl. Sheila Fitzpatrick, *Stalin's Peasants: Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization*, New York 1996.

65 Vgl. Schieder, *Faschistische Diktaturen*, S. 385.

66 Vgl. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1955.

ten schloss etwa Schritt für Schritt die Juden aus allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens aus.<sup>67</sup> Von einer Autonomie der Gesellschaft kann also auch im NS-Regime trotz des (zunächst) weitgehend unbeeinflussten Alltagslebens der Deutschen nach Hitlers Machtantritt keine Rede sein. So verwehrte das NS-Regime allen als Juden definierten Personen nicht nur den Zugang zu den Positionen im Staats- oder Parteiapparat, sondern nahm ihnen jegliche Betätigungsmöglichkeit, bevor es sie mit einem Heer von Helfern enteignete, vertrieb und schließlich ermordete.

Auch das ideokratische NS-Regime konnte also jederzeit die Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Positionen und Güter ausüben, wenn der NS-Elite dies aus ideologischen Gründen geboten schien. Das Beispiel macht auch nachdrücklich anschaulich, dass bei einer staatlichen Kontrolle der Verteilung der materiellen und immateriellen Lebenschancen eine Ausgrenzung durch das Regime immer zugleich lebensbedrohliche Unterdrückung ist. Ein hohes Maß an staatlicher Patronagemacht geht also immer mit einer sehr hohen Repressionsfähigkeit des Staats einher.

Bauen wir uns, um dies zu illustrieren, im sozialwissenschaftlichen Sandkasten zwei Burgen mit grob simplifizierten Gesellschaften auf. In der autokratischen Gesellschaft A verfügt der Staat über die Möglichkeit zwanzig Prozent aller Positionen in der Gesellschaft zu besetzen, darunter alle Leitungsfunktionen im Staatsapparat. So weit die Bürger auf die Erwerbsmöglichkeiten und die Karriereoptionen im Staatsdienst verzichten, können sie in einem nicht vom Staat „durchherrschten“ privatwirtschaftlichen Bereich ein gutes bis sehr gutes Auskommen haben.

In der Gesellschaft B verfügt der Staat über die Möglichkeit ausnahmslos alle Positionen und Güter zu verteilen. Durch die Alternativlosigkeit zum Erwerb von Gütern und Positionen der Personen, die vom Staat ausgeschlossen werden, ist die Nichteinbindung zugleich eine potenziell lebensbedrohliche und zumindest die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen stark einschränkende Repression. Besonders in Zeiten von Hungersnöten wie in Teilen der Sowjetunion 1921–1924 und 1932–1933, in der Volksrepublik China von 1959–1961 oder in Nordkorea in den 1990er Jahren kann der Ausschluss aus der Regimeeinbindung einem Todesurteil gleichkommen. Dabei kann das Instrument des Hungers sogar im Rahmen einer „Herrschaft durch Hunger“<sup>68</sup> kalkuliert eingesetzt werden.<sup>69</sup> Auch in Nicht-Hungerszeiten sind die Folgen des Fallens aus dem

67 Vgl. Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat: Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg 1981.

68 Giovanni Sartori, *Totalitarismus, Modellmanie und Lernen aus Irrtümern*. In: Eckhard Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert: Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden 1999, S. 572–589.

69 Vgl. u. a. Matthias Middell/Felix Wemheuer (Hg.), *Hunger, Ernährung und Rationierungssysteme unter dem Staatssozialismus (1917–2006)*, Frankfurt a. M. 2011; Felix Wemheuer, *Steinnudeln: Ländliche Erinnerungen und staatliche Vergangenheitsbe-*

Geflecht der Fürsorge und der Gefälligkeiten des Regimes in Ideokratien erheblich.

Während im NS-Regime als „Arier“ anerkannte Bürger bei politischer Indifferenz zumindest in den Friedensjahren von 1933 bis 1938 vergleichsweise wenig Angst vor Terror haben mussten, verstärkte in der Sowjetunion unter Stalin der stets drohende Ausschluss die Einbindung in das kommunistische Regime. So hatte fast jeder sowjetische Bürger in den 1920er und 1930er Jahren einen „Kulaken“ oder „Bourgeois“ auf seinen Familienfotos, der bei Bedarf auch gegen ihn verwendet werden konnte. Im Unterschied zum Nationalsozialismus ließ dabei der Sowjetkommunismus die Tür einen Spalt offen selbst für die erklärten Feinde. Sie mussten sich nur entschieden genug dem kommunistischen Regime zuwenden. Je größer der „dunkle Fleck“ eines Bürgers aus ideologischer Perspektive, desto stärker musste der Bürger seine Loyalität beweisen. Loyalität ist keineswegs nur erzwungen, sie ist aber eben auch keineswegs pauschal als freiwillige Gefolgschaft anzusehen.<sup>70</sup>

Je größer der Loyalitätsbeweis, desto größer die Verstrickung. Gerade die Verwicklung von Bürger in staatliche Terrormaßnahmen, aber auch der banalere Einsatz von informellen Mitarbeitern der Staatssicherheitsdienste hat dabei eine recht starke Bindewirkung. Diese Bindewirkung zogen ideokratische Machthaber durchaus ins Kalkül. So sollte etwa im Bereich der Hochtechnologie die Tätigkeit für die Staatssicherheit politisch indifferenter Mitarbeiter ganz bewusst an den Staat binden.<sup>71</sup>

Mit Dolores Augustine lässt sich sagen, dass in solchen Fällen die geglückte Einbindung eines Bürgers in der Unterdrückung eines anderen mündete.<sup>72</sup> Umgekehrt und zugleich mündete aber eben auch die bewusste Beteiligung an der Unterdrückung des einen in der noch stärkeren Einbindung des anderen. In der DDR soll der Kreis der auf diese Weise in das Regime Eingebundenen in der Endphase nahezu 189 000 Personen umfasst haben. Den meisten informellen Mitarbeitern ideokratischer Staatssicherheitsdienste dürfte dabei klar gewesen sein, dass bei einem Regimewechsel 1. die Tätigkeit bekannt werden und 2. das Bekanntwerden dieser Tätigkeit mit Nachteilen verbunden sein könnte.

Je verwerflicher das Handeln außerhalb des politischen Regimes angesehen werden dürfte, desto stärker dürfte die Bindung an das Regime ausfallen. In dieser Hinsicht dürfte auch die Einbindung von Tausenden ganz normaler – vor allem männlicher – Bürger durch das NS-Regime in den Mord an den europäi-

---

wältigung der „Großen Sprung“-Hungersnot in der chinesischen Provinz Henan, Frankfurt a. M. 2007.

70 Vgl. Fitzpatrick/Lüdtke, *Breaking*, S. 281 f.

71 Vgl. Gerhard Barkleit, *Anfällige Aufsteiger: Inoffizielle Mitarbeiter des Mfs in Betrieben der Hochtechnologie*, Dresden 1998; Reinhard Buthmann, *Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena: Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms*, Berlin 1997.

72 Dolores L. Augustine, *The Power Question in GDR History*. In: *German Studies Review*, 34 (2011), S. 633–652, hier 648.

schen Juden wie in die Brutalisierung des Krieges vor allem im Osten auch eine regimestabilisierende Seite gehabt haben. Immer mehr Deutsche waren durch die in Kriegszeiten zwangsläufig starke Einbindung in das Regimehandeln versucht, Taten des NS-Regimes als gerechtfertigt anzusehen, um ihr eigenes Handeln nicht als moralisch verwerflich oder sogar verbrecherisch werten zu müssen. Mit dem Wissen um (eigene) Verbrechen wuchs zudem die Angst vor Rache.

Exklusion und Inklusion sind in Ideokratien häufig zwei Seiten einer Medaille. Das NS-Regime nutzte die Enteignung der Juden<sup>73</sup> bewusst auch dazu, die übrige Bevölkerung durch Vorteilsnahme stärker einzubinden.<sup>74</sup> Viele Bürger waren dabei höchst willig, Vorteile aus den Staatsverbrechen des Regimes einzustreichen. Die Erhöhung der Bindekraft des Regimes durch eine Umverteilung des Besitzes von ausgeschlossenen Opfern ist dabei im Nationalsozialismus trotz des weit geringeren Umfangs von Enteignungen als höher einzuschätzen als in den kommunistischen Regimen. Das liegt daran, dass die kommunistischen Regime schnell statt auf eine Umverteilung auf eine Monopolisierung von Eigentum beim Staat setzten. Das hohe Potenzial der Bindekraft durch Umverteilung zeigte sich aber somit nur während der Phasen der Umverteilung von Landbesitz von Großbauern auf Kleinbauern, die etwa in der Sowjetunion der Kollektivierung und Verstaatlichung der Landwirtschaft vorausging. Auch in Ostmitteleuropa waren zeitweilig Boden-„Geschenke“ das bedeutendste materielle Tauschmittel des Staats für die Loyalität auf dem Land.<sup>75</sup>

## VIII. Konsequenzen und Trade-offs des Einbindungsmusters

Gerade die große Fähigkeit zur Einbindung von Eliten in Einpartei-autokratien gilt in der politikwissenschaftlichen Forschung als ein wesentlicher Erklärungsfaktor dafür, dass diese eine weit höhere durchschnittliche Überlebensdauer aufweisen als andere Autokratietypen wie personalistische Autokratien und Militär-autokratien.<sup>76</sup> So ist die UdSSR nach 74 Jahren untergegangen. Damit lag ihre

73 Im Rahmen der „Reichsfluchtsteuer“ wurde bereits 1934 allen Juden verboten, mit mehr als zehn Reichsmark zu fliehen. Das Eigentum aller deutschen Juden, die nicht flohen, wurde durchweg in den folgenden Regimejahren enteignet.

74 Vgl. Wolfgang Dreßen (Hg.), *Betrifft: Aktion 3: Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung*, Berlin 1998.

75 Vgl. Tadeusz Janicki, Die Bodenreform in den „wiedergewonnenen Gebieten“ und in Großpolen (1945–1949). Vergleichende Überlegungen zur Loyalität der polnischen Landbevölkerung. In: Zimmermann/Haslinger/Nigrin (Hg.), *Loyalitäten*, S. 94–111; Michael Schwartz, *Loyale „Umsiedler“ durch Bodenreform? Gesellschaftliche Konflikte und politische Widersprüche in der SBZ/DDR*. In: ebd., S. 47–69.

76 Vgl. Jason Brownlee, *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge, UK 2007; Beatriz Magaloni, *Voting for Autocracy: Hegemonic Party Survival and its*

Dauerhaftigkeit weit über der durchschnittlichen Dauerhaftigkeit aller politischen Regimetypen inklusive der Demokratien. Auch die Volksrepublik China hat eine weit überdurchschnittliche Regimedauer. Das wird auch dann nicht mehr widerlegt, wenn die verbliebenen kommunistischen Regime in naher Zukunft untergehen.<sup>77</sup>

Die bisherige wesentliche Begründungslinie für die größere Überlebensfähigkeit von Einparteiautokratien lautet, dass Parteien ein wichtiger Kanal seien, über die politische Regime ihre Anhänger in Form von materiellen und immateriellen Leistungen belohnen.<sup>78</sup> Die in Einparteiautokratien vorherrschende formalisierte Form des Austauschs von Loyalität gegen Güter und Positionen mittels Patronagemacht gilt als deutlich effektiver als die informelle Einbindung über personalistische Netzwerke. Die neuere politikwissenschaftliche Autokratieforschung berücksichtigt aber unzureichend das in den vorherigen Abschnitten beschriebene ausgesprochen starke Einbindungspotenzial von kommunistischen Ideokratien, das sich aus der Monopolisierung der Verfügungsgewalt über Güter und Positionen ergibt. Ein hohes Maß an Einbindung von Eliten und Bevölkerung kann aufgrund von Kosten-Nutzen-Abwägung des Einzelnen zu einem fortgesetzten Stillhalten trotz größer werdender Zweifel an der Regimelegitimität führen. Das gilt in besonderem Maße für relativ stark in das politische Regime eingebundene Personen. So äußerte etwa ein kubanischer Ministeriumsangestellter: „My children were born in this apartment. And so was my grandson. This is our home. But I know that someone in Miami has a claim on the building. Given my position in the government, we would be certain to be evicted if the regime were to change. We are in bad shape now, but that fate would be worse.“<sup>79</sup> Gerade eine drohende „Vergangenheitsbewältigung“ kann also bei in ein Regime stark Eingebundenen einen Regimewechsel blockieren.

Die Unausweichlichkeit der Einbindung in kommunistischen Ideokratien und vor allem eine zwangsweise Mobilisierung kann bei einem Teil der politisch eher indifferenten Bürger aber auch Widerwillen gegen das Regime erzeugen. Macht-

---

Demise in Mexico, Cambridge, UK 2006; Benjamin B. Smith, *Life of the Party: The Origins of Regime Breakdown and Persistence under Single-Party Rule*. In: *World Politics*, 57 (2005) 3, S. 421–451; Milan Svolik, *The Regime Party as an Instrument of Authoritarian Cooptation and Control*, vorgetragen auf der IPSA-ECPR Joint Conference, Sao Paulo 2011.

77 Die durchschnittliche Überlebensdauer würde vielmehr nur dann noch sinken, wenn neue kommunistische Regime mit unterdurchschnittlicher Überlebensdauer neu entstehen und wieder vergehen.

78 Vgl. Jennifer Gandhi/Adam Przeworski, *Cooperation, Cooptation, and Rebellion under Dictatorships*. In: *Economics and Politics*, 18 (2006), S. 1–26; Jennifer Gandhi, *Political Institutions under Dictatorship*, Cambridge, UK 2008; Barbara Geddes, *What Do We Know about Democratization after Twenty Years?* In: *Annual Review of Political Science*, 2 (1999), S. 115–144.

79 Jorge I. Domínguez, *Why the Cuban Regime has not Fallen*. In: Irving Horowitz/Jaime Suchlicki (Hg.), *Cuban Communism, 1959–2003*, New Brunswick 2003, S. 435–442, hier 436.



haber in Ideokratien streben normierte „Biographie[n] aus dem Baukasten“<sup>80</sup> an. Die damit verbundene starke Beschränkung der individuellen Wahlmöglichkeiten vor allem bei Konsum und Freizeit ist nicht für alle politisch Indifferenten akzeptabel. Das gilt insbesondere für Teile der Jugendlichen.<sup>81</sup> Mancher zählte etwa im Dritten Reich zu den Edelweiß-Piraten, der Swing-Jugend oder den Kittelbach-Piraten schlicht deshalb, weil etwa die eigenen Musik- und Tanzvorlieben vom Regime aus ideologischen Gründen verfehmt wurden. Auf diese Weise entstehen „Helden wider Willen“.<sup>82</sup> Im nationalsozialistischen und faschistischen Regime empfand zumindest ein Teil der in Italien wie Deutschland zuvor auf eine unpolitische Grundhaltung verpflichteten Beamten die Totalpolitisierung ihrer Tätigkeit<sup>83</sup> als Zumutung und war innerlich eher widerwillig loyal.<sup>84</sup>

Eine noch weit gewichtigere Kehrseite der allumfassenden Einbindung in kommunistischen Regimen ist, dass das kommunistische Regime im Unterschied zum nationalsozialistischen und faschistischen Regime auch für alle Mängel im privaten Bereich von der Arbeitssituation über die Wohnsituation bis hin zum Konsum verantwortlich gemacht wird. Durch die Verstaatlichung aller Produktionsmittel bringen sich die kommunistischen Ideokratien in eine keineswegs immer vorteilhafte Lage. Sie sind logischer Adressat jeglicher Unzufriedenheit mit der Güter- und Positionsverteilung in der Gesellschaft. Verteilungskämpfe können dadurch den Regimebestand gefährden. Die Überdehnung der Einbindung auf die gesamte Gesellschaft ist in einer zweiten Hinsicht die Achillesferse kommunistischer Ideokratien. Die größtmögliche Ausdehnung des Kreises der Eingebundenen geht zum Teil auf Kosten der Tiefe der Einbindung.<sup>85</sup> Um dies zu verdeutlichen: Ein beliebtes Bindemittel ist in Autokratien eine verhältnismäßige Überbezahlung und sonstige Begünstigung des Kreises der Staatsbediensteten, vor allem von Soldaten und Polizisten. Wenn aber letztlich nahezu alle für den Staat arbeiten, kann eine Überbezahlung bestimmter Gruppen nicht mehr ohne Einbußen beim Grad der Einbindung anderer Gruppen eingesetzt werden. Diese Problematik zeigte sich etwa im Zuge des chinesischen Wirtschaftsauf-

80 Ehrhart Neubert, *Eine protestantische Revolution*, Berlin 1990, S. 32–41.

81 Vgl. Alfons Kenkmann, *Wilde Jugend: Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform*, Essen 1996.

82 Vgl. Kerstin Rathgeb, *Helden wider Willen. Frankfurter Swing-Jugend – Verfolgung und Idealisierung*, Frankfurt a. M. 2001.

83 So verpflichtete das NS-Regime die deutschen Beamten im Beamtengesetz von 1937 darauf, „Vollstrecker des Willens des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates“ zu sein. Die Loyalitätsverpflichtung ging auch weit über das in liberalen Demokratien übliche Maß hinaus. So wurde gegenüber dem „Führer“ „Treue bis in den Tod“ eingefordert.

84 Vgl. Maurizio Bach/Stefan Breuer, *Faschismus als Bewegung und Regime: Italien und Deutschland im Vergleich*, Wiesbaden 2010, S. 389.

85 Zu Weite und Tiefe als zwei Dimensionen der Kooptation vgl. Maria Josua, *Co-optation as a Strategy of Authoritarian Legitimation. Success and Failure in the Arab World*, vorgetragen auf der 6th ECPR General Conference, 25th–27th Aug. 2011, Reykjavik, University of Iceland 2011.

schwungs, der zunächst nur einen privilegierten Kreis begünstigte und 1989 in den Protesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens mündete.<sup>86</sup>

Kommunistische Ideokratien haben in dieser Hinsicht im Vergleich zu allen anderen politischen Regimetypen ein spezifisches Problem: Die offizielle, am Ideal der sozialen Gleichheit aller Bürger ausgerichtete Ideologie lässt bereits ein auch in Demokratien übliches Maß der Begünstigung der Regierenden mit materiellen und immateriellen Gütern als illegitim erscheinen. Jegliche Privilegien der Regimeelite negieren nämlich die in kommunistischen Ideokratien propagierte Gleichheit und untergraben damit die ideologische Herrschaftslegitimation. Daher hielt etwa die DDR-Elite ihre Wohnverhältnisse in der Waldsiedlung „Wandlitz“ sorgsam vor der Bevölkerung geheim. Sie wusste um die Brisanz. Im November 1989 löste die erstmalige Berichterstattung im DDR-Fernsehen über die Wohnsiedlung dann auch tatsächlich einen Sturm der Entrüstung aus. Dieser beruhte auf lapidaren Dingen wie etwa einem privaten Schwimmbad. Ein Vergleich der Wohn- und Eigentumsverhältnisse von Erich Honecker und Michail Gorbatschow mit jenen von George Bush, Margaret Thatcher und Helmut Kohl, die zeitgleich westliche Demokratien regierten, zeigt impressionistisch, dass eine übermäßige materielle Begünstigung der herrschenden Elite kein typischer Mangel der kommunistischen Ideokratien ist.

Das Dilemma zwischen einer zur Systemstabilisierung notwendigen Begünstigung der Gewinnerkoalition und der dadurch entstehenden Unterminierung des eigenen ideologischen Anspruchs führt dabei aber immer wieder zu Auseinandersetzungen in kommunistischen Ideokratien. Der wohl heftigste Konflikt tobte in der VR China. Der grundlegende Konflikt zwischen der radikalen „Viererbände“ um – den erst zum Radikalen gewendeten, vorher zum Pragmatismus neigenden – Mao und den Pragmatikern um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping in der VR China drehte sich nämlich nicht zuletzt um die Frage, wie die Antwort auf die Frage nach einer Begünstigung der Gewinnerkoalition ausfallen sollte. Mao sah jegliche Privilegien als verfolgungswürdige „Korruption“ an. Für die Pragmatiker waren dagegen Privilegien der Partielite vollkommen in Ordnung und die kommunistische Partei sollte generell das Karriere- und Erwerbsstreben der Menschen in Rechnung stellen.

Die nationalsozialistische und die faschistische Ideokratie hatten aufgrund ihres propagierten „Führerprinzips“ weit weniger ideologische Probleme mit einer materiellen und immateriellen Begünstigung der Gewinnerkoalition. Lediglich eine offene Korruption der „Goldfasane“, also der Parteifunktionäre, war nicht mit der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ vereinbar. Persönliche Vorteilsnahme von Parteivertretern mit „Lametta-Heini“ (so der Volksmund) Hermann Göring an der Spitze duldete das NS-Regime allerdings durchaus. So erklärte Hitler Göring trotz aller Eskapaden mit einem starken Ruch der persönlichen Vorteilsnahme 1941 zu seinem Nachfolger im Falle seines Todes.

---

86 Vgl. den Beitrag von Christian Göbel in diesem Heft.

## IX. Zusammenfassung

Ideokratien heben sich durch ihr Muster der Einbindung von Eliten und Bürgern von anderen politischen Regimetyten ab. Die Durchdringung der Gesellschaft durch Fürsorgemaßnahmen und Gefälligkeiten in Ideokratien sowie die daraus resultierende Einbindung der Bürger ist lange in ihrer Bedeutung für Ideokratien unterschätzt worden. Nicht zuletzt das Totalitarismuskonzept von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski hat den Nachteil, dass es die unter dem Konzept zusammengefassten Regime in erster Linie als Räderwerke von ineinander greifenden Undrückungsmaßnahmen betrachtet.<sup>87</sup> Der Wechsel der Perspektive hin zur Einbindung der Eliten und Bürger in Ideokratien hat den Vorteil, das mobilisierende und systemstabilisierende Potenzial der Konzentration der Verfügungsgewalt über Erwerbspositionen und Güter beim Staat in den Mittelpunkt zu stellen. Vor allem erscheint es nicht als bloß durch Repression erzwungen oder durch Ideologie „verführt“, wenn Bürger ideokratischen Regimen gegenüber mehr oder weniger loyal sind. Statt Unterdrückung und Gängelung rückt diese Perspektive das dominierende Alltagsgeflecht von Loyalitäten in den Ideokratien in den Mittelpunkt der Analyse.<sup>88</sup>

Zwischen dem Muster der Einbindung von Bürgern und Eliten im nationalsozialistischen und faschistischen Regime einerseits, den kommunistischen Regimen andererseits gibt es dabei neben Gemeinsamkeiten auch wesentliche Unterschiede. Die Güter- und Postionsverteilung ist in den kommunistischen Regimen deutlich stärker monopolisiert und daher ist auch die Gesellschaft in stärkerem Maße „durchherrscht“. Nur in dem Maße, in dem ein kommunistischer Staat wie die Volksrepublik China den direkten Zugriff auf die Wirtschaft lockerte, gewannen auch in ihm Verfahren der Einbindung der nicht zur eigentlichen Regimeelite gehörenden Gruppe der Unternehmer deutlich an Gewicht. In den sowjetkommunistischen Staaten waren sie kaum von Bedeutung.<sup>89</sup> In kommunistischen Regimen führt der Weg in die Elite vielmehr in aller Regel über die Staatspartei. Im faschistischen und nationalsozialistischen Regime hat die Staatspartei eine deutlich geringere Bedeutung, personalistische Führer-Gefolgschafts-Beziehungen dagegen eine deutlich größere Bedeutung als in kommunistischen Regimen.

---

87 Vgl. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*; Carl J. Friedrich/Zbigniew Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge, MA 1965.

88 Vgl. u. a. auch Zimmermann/Haslinger/Nigrin (Hg.), *Loyalitäten*; Robert Gellately, *Backing Hitler: Consent and Coercion in Nazi Germany*, Oxford 2001.

89 Vgl. dazu mit Blick auf die DDR den Beitrag von Udo Grashoff in diesem Heft.